

**Stadt Haan**  
Niederschrift über die  
**3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan**  
am Dienstag, dem 16.02.2010 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00

Ende:  
19:10

**Vorsitz**

Bürgermeister Knut vom Bover

**CDU-Fraktion**

Stv. Harald Giebels

Stv. Marlies Goetze

Stv. Dr. Dieter Gräßler

Stv. Gerd Holberg

Stv. Jens Lemke

Stv. Andreas Wasgien

Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Klaus Mentrop

**SPD-Fraktion**

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Wilfried Pohler

Stv. Bernd Stracke

Stv. Heinrich Wolfesperger

Stv. Ute Wollmann

**FDP-Fraktion**

Stv. Friedhelm Kohl

Stv. Michael Ruppert

Stv. Arnd Vossieg

**GAL-Fraktion**

Stv. Petra Lerch

Stv. Jochen Sack

**UWG-Fraktion**

Stv. Karl-Hermann Käpernick

**Verwaltung**

Beigeordnete/r Matthias Buckesfeld

Frau Ute Eden

Beigeordnete/r Dagmar Formella

Frau Sylvia Lantzen

Herr Michael Rennert

Frau Katja Sann

Herr Wilhelm Terhardt  
Herr Udo Thal  
Herr Wolfgang Voos

**Schriftführer**

Herr Fabian Winkler

**Der Vorsitzende Knut vom Bover** eröffnet um 17:00 Uhr die 3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**1./ Auflösung des Zweckverbandes Wildgehege Neandertal und Abschluss einer Vereinbarung zur Bestandssicherung des Wildgeheges  
Vorlage: 60/006/2010**

---

**Protokoll:**

**Stv. Lerch** begrüßt die bereits vor Jahren angestoßene Aufhebung des Zweckverbandes. Sie beantragt für die GAL-Fraktion, dass sich die Stadt Haan nicht an der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Bestandssicherung beteiligen soll, da der landschaftspflegerische Begleitplan festgestellt habe, dass das Wildgehege unter Naturschutzgesichtspunkten an Ort und Stelle deplatziert sei. Dies müsse nicht auch noch weiterhin finanziell unterstützt werden. Daher bitte sie um Splittung des Beschlussvorschlages.

Der weitergehende Antrag der GAL-Fraktion, die Stadt Haan solle sich nicht an einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Bestandssicherung des Wildgeheges beteiligen, wird mit 2 Ja- und 16 Nein-Stimmen abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Satz 1: einstimmig

Satz 2: 16 Ja- und 2 Nein-Stimmen

**Beschluss:**

"1. Der Auflösung des Zweckverbandes Wildgehege Neandertal wird zugestimmt.

2. Zur Bestandssicherung des Wildgeheges schließt die Stadt Haan mit den anderen kommunalen Vertragspartnern eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung."

## **2./ Antrag der UWG Ratsfraktion zur Erreichbarkeit von Servicenummern**

**Vorlage: 60/007/2010**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Käpernick** stimmt den Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage insofern zu, dass während der Vertragslaufzeit keine Änderung zu erzwingen sei. Bei Abschluss von Neuverträgen bitte er aber um verbindlichen Abschluss von Vereinbarungen, eine kostengünstige Service-Nr. für Haaner Bürger einzurichten. Der Hinweis der Verwaltung, die Bürger hätten bei der Abfallberatung der Stadt Informationen bekommen können, schlage aber fehl, da viele Bürger dies taten und von dort an die AWISTA verwiesen worden seien.

**Bgm. vom Bover** schlägt vor, die Laufzeit des Vertrages bis zum Ende des laufenden Jahres abzuwarten und dann auszuloten, ob es weitere Beschwerden in dieser Richtung gegeben habe.

**Stv. Pohler** ist der Auffassung, dass auch in einem solchen Fall der Anschluss Haans an die geplante bundesweite Service-Nr. 115 sinnvoll sei.

**Bgm. vom Bover** betont, im Falle der Service-Nr. 115 habe es noch keine Entscheidung gegeben, die konkrete Umsetzung bleibe abzuwarten.

**Stv. Kohl** ist der Ansicht, bei einer Wiedervorlage am 30.09. des Jahres habe man mehr Zeit, sich nach einem neuen Anbieter umzusehen bzw. neue Vertragsinhalte auszuhandeln.

Dieser Vorschlag findet allgemeines Einvernehmen, so dass **Stv. Käpernick** seinen Antrag zurückzieht.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

## **3./ Kindergartenbedarfsplanung 2010/2011**

**Vorlage: 51/009/2010**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Sack** leitet mit einem Rückblick auf Vorlageninhalt und Besprechungen im vorangegangenen Jugendhilfeausschuss ein. Demnach habe man in Haan eine erfolgreiche U3-Betreuung installieren können und die Landesvorgabe umgesetzt. Der Ausbau der Betreuung für die 0-2 Jährigen sei aber noch nicht wünschenswert fortgeschritten. Auch die städtische Einrichtung an der Alleestr., für die der Rat jüngst

---

eine Entfristung beschlossen habe, lasse keinen Ausbau für die U2/U3-Plätze zu. Hier seien nicht zuletzt mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen zukünftig weitere Investitionen nötig. Die Bundesvorgabe bis zum Jahr 2013 sei hier nur als Orientierungsgröße anzusehen, da man immer wieder mit unvorhersehbaren zusätzlichen Fällen rechnen müsse. Auch die Grenze der Reduzierungsmöglichkeit auswärtiger Kinder sei bereits erreicht. Abschließend verweist er auf den abgeänderten Beschlussvorschlag des JHA unter Ziffer 2.

**Stv. Goetze** bestätigt, dass Haan in den letzten Jahren eine Vorzeigestadt in Sachen Kinderbetreuung gewesen sei. Weitere Anstrengungen seien aber nötig, um den gewachsenen Anforderungen gerecht werden zu können. Der Trend gehe immer mehr in die Richtung frühzeitigerer Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

**Stv. Dr. Gräßler** berichtet von einer Sammelklage verschiedener Kommunen gegen das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) und fragt, ob die Stadt Haan sich dieser Klage angeschlossen habe und hiervon auch profitieren könne. Weiterhin möchte er wissen, wie viele auswärtige Kinder tatsächlich in Haaner KiTas untergebracht seien.

**Bgo. Formella** erklärt, die Stadt Haan habe sich dieser Klage nicht angeschlossen, würde aber im Falle eines begünstigenden Urteils in gleicher Weise wie die Kläger hiervon profitieren. Dieserhalb befinde man sich im ständigen Kontakt mit dem Städte- und Gemeindebund NRW.

**StOVR Thal** legt dar, die Bedarfsdeckung für Haaner Kinder läge bei 97 %. Die Anzahl der auswärtigen Kinder liege im gleichen Rahmen wie die Unterbringung Haaner Kinder in Nachbarstädten.

**Stv. Pohler** meint, auch wenn es keine Pflicht für die Städte zur Unterbringung aller Kinder in entsprechenden Betreuungseinrichtungen gebe, sollte jede Stadt ein gutes Angebot vorhalten. Um die Bildungschancen aller Kinder zu verbessern, müsse der fiskalische Effekt auch in schwierigen Zeiten ausgeblendet werden.

**Stv. Ruppert** erklärt, das Geld müsse dennoch so wirtschaftlich wie möglich eingesetzt werden. Er möchte wissen, wie die Verwaltung eine Doppelt- oder Dreifach-Anmeldung von Kindern künftig verhindern wolle.

**Bgo. Formella** erläutert, die Verwaltung habe sich mit beiden kirchlichen Trägern zusammengesetzt und die Anmeldungen abgeglichen. Auch die im Jugendamt zuständige Kraft sei für diese Problematik sensibilisiert worden.

**Stv. Sack** sieht im regelmäßigen intensiven Austausch aller Träger die wirksamste Maßnahme zur Vermeidung von Mehrfachanmeldungen.

**Stv. Giebels** zeigt sich ob der gegen den Trend weiterhin hohen Kinderzahlen in Haan sehr erfreut. Dies verpflichte die Stadt auch weiterhin eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Hierbei sei man auf die Unterstützung möglichst vieler unterschiedlicher Träger angewiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Beschluss:**

"1. Für das Kindergartenjahr 2010/2011 (01.08.2010 –31.07.2011) wird als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 21 Abs. 1 Kinderbildungsgesetz beschlossen, die in Anlage 1 aufgeführten Gruppen und Betreuungsplätze zu bilden.

2. Zur Erreichung des U 3-Ausbauziels wird die Verwaltung beauftragt, mit allen Trägern der Kindertageseinrichtungen über Erweiterungs- und Ausbaumöglichkeiten in Verhandlungen zu treten. Im Sommer 2010 ist über den Fortschritt der Verhandlungen im Jugendhilfeausschuss zu berichten."

**4./ Beantwortung von Anfragen**

---

**Protokoll:**

**Stv. Dr. Gräßler** möchte wissen, ob die Bauarbeiten an der Mensa des Schulzentrums Walder Straße durch den neuen Zeitplan für die Haushaltsplanberatungen zum Stillstand kämen. Weiterhin fragt er, ob die Verwaltung bereits beim Landrat vorgeföhlt habe, ob die Bauarbeiten dennoch fortgeführt werden könnten.

**Bgo. Formella** weist darauf hin, dass die Verwaltung derzeit mit der Grundschule Mittelhaan, der Mensa des Schulzentrums und der Ertüchtigung der Feuerwache drei Großprojekte zu stemmen habe. Die entsprechenden prüffähigen PPP-Unterlagen zur GS Mittelhaan habe man bei der Kommunalaufsicht am 15.1.2010 zur Prüfung eingereicht und warte auf eine Gesamtbeurteilung der Haushaltslage insbesondere Nothaushalt und Kreditlimit für unrentierliche investive Maßnahmen. Die Maßnahme an der Mensa im Schulzentrum (bauliche Maßnahmen) könne nur auf Basis eines Beschlusses zum Haushalt 2010 / Haushaltssicherungskonzept und abgeschlossenem Verfahren mit der Kommunalaufsicht fortgeführt werden.

**Stv. Kohl** fragt nach dem aktuellen Sachstand in Sachen Bauvoranfrage der ITG.

**Bgo. Buckesfeld** führt aus, die Bauvoranfrage sei entsprechend dem Votum von PIUA und WLA am 18.12.09 positiv beschieden worden. Die ITG könne nunmehr von ihrem Baurecht Gebrauch machen. Evtl. Grundstücksfragen müssten im nicht-öffentlichen Teil geklärt werden.

## **5./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

Es liegen keine Mitteilungen vor.